

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 18. November 2022 in Brüssel

Am 18. November 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Vorbereitung für den Europäischen Rat am 15./16. Dezember 2022, die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die Werte der Union in Ungarn, die legislative Programmplanung sowie die Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas.

Polen informierte zudem über den Raketeneinschlag am 15. November im polnischen Grenzgebiet. Die Mitgliedstaaten sprachen Polen ihre Solidarität aus.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 15./16. Dezember 2022

Es fand ein Austausch auf Basis der erläuterten Tagesordnung für den Europäischen Rat am 15./16. Dezember 2022 statt.

Ich ging insbesondere auf die Themen Westbalkan/EU-Erweiterung sowie Migration ein. Ich betonte, dass der Westbalkan und die dortige EU-Erweiterung eine Frage der Sicherheit und der Glaubwürdigkeit der EU seien, nicht zuletzt im geopolitischen Kontext. Insbesondere die Verleihung des Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina im Dezember wäre ein wichtiges Signal, aber auch eine Frage der Fairness und Kohärenz. Zum Thema Migration hob ich die besorgniserregende Lage – insbesondere auch in Österreich – hervor und sprach mich dafür aus, dass die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat im Dezember über die aktuelle Migrationssituation sprechen.

Der Ukraine sprach ich erneut volle Solidarität und Unterstützung aus. In Abstimmung mit der Ukraine sollten Schritte zur Deeskalation gesetzt werden, mit dem Ziel, zu einem politischen Friedensprozess zu kommen.

Zum Thema Energie und Wirtschaft unterstrich ich, dass der Anstieg der Energiepreise ausschließlich die Folge des russischen Angriffskriegs sei. Das russische Narrativ, die EU-Sanktionen wären dafür verantwortlich, müsse gestoppt werden. Um den hohen Preisen entgegenzuwirken, brauche es rasche Fortschritte für Maßnahmen auf EU-Ebene. Insbesondere der Gaspreis für die Stromerzeugung müsse begrenzt werden, wobei das „iberische Modell“ als Grundlage dienen sollte. Dazu brauche es auch eine Kosten-Nutzen-Analyse.

Zum Thema Sicherheit und Verteidigung unterstützte ich die weitere Stärkung der EU-Kapazitäten, etwa in den Bereichen EU-Krisenmanagement, Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe, hybride Bedrohungen, Desinformation aus dem Ausland sowie gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern in der EU.

Zum Thema Südliche Nachbarschaft hob ich die Wichtigkeit der Ernährungssicherheit und in diesem Zusammenhang die Fortsetzung der *Black Sea Grain Initiative* der Vereinten Nationen sowie die Ausfuhr von Getreide über die Solidaritätskorridore hervor.

Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič informierte, dass es mit der neuen Regierung des Vereinigten Königreichs eine positive Dynamik für eine gemeinsame Lösung im Rahmen des Nordirlandprotokolls gebe. Die EU sei bereit, dieses zu nützen. Die EU-Position und -Prinzipien blieben dabei unverändert.

Werte der Union in Ungarn – Begründeter Vorschlag nach Art. 7 Abs. 1 EUV

Es fand die insgesamt fünfte Anhörung Ungarns im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV statt. Ungarn stellte die rezent unternommenen Schritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit vor. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourová sowie der für Justiz zuständige Kommissar Didier Reynders berichteten über die Entwicklungen seit der letzten Anhörung Ungarns im Mai 2022. Die Mitgliedstaaten unterstrichen die Wichtigkeit der Werte der Union, ermutigten Ungarn zur Weiterführung der Reformen und brachten insbesondere die Themen Justiz, Medienfreiheit und LGBTQ-Rechte auf. Österreich sprach insbesondere die Unabhängigkeit von Medien und Gerichten an.

Legislative Programmplanung

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič stellte das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2023 vor, das insbesondere im Zeichen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine sowie der Energiekrise stehe. Zudem reflektiere das Programm zahlreiche Anregungen aus der Konferenz zur Zukunft Europas. Die Mitgliedstaaten nannten insbesondere die Reform des Strommarkts der EU, den grünen Übergang, die Unterstützung für die Ukraine, die Resilienz und strategische Autonomie der EU sowie kritische Rohstoffe als Prioritäten.

Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas

Der Vorsitz informierte über den Ablauf des geplanten Feedback-Events mit Bürgerinnen und Bürgern am 2. Dezember 2022 zum Stand der Umsetzung der Konferenz sowie über die geplanten neuen Bürgerforen, bei denen Bürgerinnen und Bürger Empfehlungen zu wichtigen Legislativvorhaben annehmen können und deren Ergebnisse in weiterer Folge in den EU-Entscheidungsprozess einfließen sollen.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Dezember 2022

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin